

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/151

11. August 1971

Rentendebatte endlich versachlichen!

Eine ernste Mahnung an die CDU/CSU-
Opposition

Von Helmut Rohde SPD-MdB
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-
ministerium für Arbeit und Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 62 Zeilen

China im Blickwinkel behalten

Erfahrungserkenntnisse zu einem aktuellen
Thema

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 3 / 35 Zeilen

Vermissten-Nachforschung immer noch erfolg-
reich

Zum Arbeitsbericht der "Deutschen Dienst-
stelle für die Benachrichtigung der nächsten
Angehörigen von Gefallenen"

Von Heinz Lente
Leiter des Zentralnachweises der "Deutschen
Dienststelle"

Seite 4 bis 7 / 165 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 2, Hausallee 2-10
Postfach 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 81 37-39
Telex: 885 848 886 847/
DDP

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

KP'rar-Str. 10 3-112 T. l. fon: 7 6 3 1 1

Rentendebatte endlich versachlichen!

Eine ernste Mahnung an die CDU/CSU-Opposition

Von Helmut Rohde SPD-MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium
für Arbeit und Sozialordnung

Der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Opposition, Hans Katzer, hat nach Pressemeldungen dem Bundesarbeitsminister Walter Arendt vorgeworfen, er hätte mit seinen Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung einen "Alleingang" unternommen. Es hätte Herrn Katzer wenig Mühe gemacht, sich anhand der Sachverhalte darüber zu orientieren, daß er sich mit dieser seiner Ansicht auf brüchigem Boden befindet. Von "Alleingang" kann überhaupt nicht die Rede sein. Der Bundesarbeitsminister handelte im Auftrag einer Kabinettsentscheidung und einer im Bundestag angenommenen EntschlieÙung der Koalitionsparteien. In diesen beiden Beschlüssen drückt sich der Wille der sozialliberalen Koalition zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung im Sinne struktureller Veränderungen aus. Das ist die Voraussetzung, von der die Vorschläge des Bundesarbeitsministers ausgehen.

Sein Fünf-Punkte-Plan ist nunmehr den Ressorts und den Verbänden zur sachlichen Stellungnahme zugeleitet worden. Die Beratungen sind darüber im Gange. Dieses Verfahren entspricht der Geschäftsordnung der Bundesregierung und dem üblichen Verlauf der Behandlung so umfangreicher Vorhaben, wie sie die Vorschläge des Bundesarbeitsministers darstellen. Wenn diese Vorberatungen in den Ressorts und mit den Verbänden abgeschlossen sein werden, wird das Kabinett zur Weiterentwicklung der Rentenversicherung Stellung nehmen. Das alles ist also eine normale Vorbereitung des Gesetzgebungsverfahrens, die keinen Anlaß zu Dramatisierung bietet.

In Herrn Katzers Stellungnahmen präsentiert sich die Nervosität der CDU/CSU. Er weiß ganz genau, daß nunmehr Struktur-

probleme der Rentenversicherung - von der flexiblen Altersgrenze über die Frage der Kleinrentner bis zur sozialen Position der Frau und der Öffnung der Rentenversicherung - in Angriff genommen werden, die zu seiner Amtszeit unerledigt auf dem Tisch gelegen haben, ja für die noch nicht einmal im Ministerium Vorarbeiten geleistet worden waren. Dieser für ihn politisch alles andere als beruhigende Sachverhalt soll jetzt durch eine hektische Pressepolemik überspielt werden.

Dabei wird auch in der Sache unredlich gestritten. Um ein Beispiel zu geben: Herr Katzer beschwert sich darüber, daß die flexible Altersgrenze "nur ein Angebot für 150.000 der 1,5 Millionen 63- und 64jährigen Menschen" darstelle. Er selbst weiß, daß unter diesen 1,5 Millionen Einwohnern einmal die vielen Frauen sind, die überhaupt nicht mehr im Erwerbsleben stehen, folglich auch daraus nicht vorzeitig ausscheiden können. In dieser Zahl befinden sich ferner Beamte und andere, die bereits flexible Altersgrenzenregelungen besitzen.

Es geht heute nicht um Zahlenspielerereien, sondern ganz konkret um die Frage, ob künftig von den Erwerbstätigen in unserem Lande nach einer bestimmten Zahl von Berufsjahren und entsprechender Zugehörigkeit zur Rentenversicherung mit 63 Jahren Altersruhegeld bezogen werden kann oder nicht. An dieser sozialpolitischen Frage kann nicht mit statistischen Manipulationen vorbeigemogelt werden. Herr Katzer erklärt auf der einen Seite seinen Sozialausschüssen, daß er "leidenschaftlich" für die flexible Altersgrenze eintrete. Auf der anderen Seite zieht er immer wieder neue Einwände gegen diesen sozialpolitischen Fortschritt aus der Tasche. Auch andere Strukturfragen der Rentenversicherung werden mehr in manipulierender als in argumentierender Weise behandelt.

Angesichts der Debatten der letzten Wochen gibt es Anlaß genug, davor zu warnen, die Rentenversicherung zum politischen Schlachtfeld zu machen. Das verträgt die soziale Alterssicherung in unserem Lande nicht. Die rentenpolitische Diskussion muß versachlicht werden, damit eine solide Weiterentwicklung der sozialen Rentenversicherung gewährleistet wird und die Strukturprobleme nicht wieder wie in den 50er Jahren auf der Strecke bleiben.

(-/ex/11.8.1971/ks)

China im Blickwinkel behalten

Erfahrungserkenntnisse zu einem aktuellen Thema

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen SPD-MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Die Ankündigung der Chinareise des US-Präsidenten Richard M. Nixon hat mit einem Schlage die Kräftekonstellation der Welt-politik verändert. China will als Partner in das bisher zweiseitige Verhältnis Washington-Moskau eintreten. Die Bundesregierung hat diese Entwicklung in ihre Überlegungen einbezogen und sie kann dies umso vorurteilsloser tun, als die sie tragenden Parteien nicht durch Rücksichtnahmen auf Taiwan verpflichtet sind.

Was ist in dieser Lage zu tun? Auch wenn wir vorerst noch nicht daran gehen können, offizielle Beziehungen zu Peking auf-zunehmen, sehen wir doch, daß das China des Jahres 1971 daran interessiert ist, seine wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte auszubauen, um seine Wirkungsbreite zu erweitern. Daran sollten wir anknüpfen.

Unser Handel mit China läuft zwar auf seinen eigenen, be-währten Geleisen, er bedarf aber der Pflege. Gespräche zwischen deutschen und chinesischen Handelsexperten könnten deshalb für beide Seiten nützlich sein. Gelgenheit dazu bieten bevorstehende Europa-Reisen chinesischer Handelsdelegationen. Einladungen an chinesische Ingenieure zu Fachkongressen könnten dem gleichen Zweck dienen; weitere Begegnungsmöglichkeit bietet der Sport: Tischtennis, Federball, ja auch Schwimmen und Leichtathletik sind Sparten, in denen China stark ist und die eine Brücke bilden können für eine Teilnahme der Volksrepublik China an internationalen Sportwettkämpfen. Schließlich bieten sich wissenschaftliche Kontakte, Einladungen von Archäologen, Medizinern und Naturwissenschaftlern nach Deutschland an. Im nächsten Jahr sollen auch wieder Studien-reisen nach China beginnen.

Diese Entwicklung sollte die Bundesregierung fördern. Seit dem Tode des China-Experten Dr. Hoffmann ist das China-Referat des Auswärtigen Amtes verwaist. Die Wiederbesetzung dieses Referats wäre notwendig, weil nur dort alle Überlegungen zusammenlaufen können, wie wir unsere Beziehungsaufnahme zu Peking vorbereiten können.

Auf Grund der Eindrücke meiner jüngsten Ostasienreise meine ich: Wir sollten uns mehr mit China beschäftigen!

(-/ex/11.8.1971/ks)

+ + +

Vermissten-Nachforschung immer noch erfolgreich

Zum Arbeitsbericht der "Deutschen Dienststelle für die
Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen

Von Heinz Lente

Leiter des Zentralnachweises der "Deutschen Dienststelle"

Trotz aller Schwierigkeiten, denen eine Vermisstennachforschung mit zunehmendem Abstand vom Kriege begegnen muß, waren auch in den Jahren 1969/70 noch recht beachtliche Erfolge zu verzeichnen. Die "Deutsche Dienststelle (WASt) für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht" konnte in diesen Jahren rund 10.000 Vermisstenfälle abschließen, freilich überwiegend durch die Feststellung des Todes der Vermissten. In 350 Fällen wurde ermittelt, daß die bisher als vermißt geltenden Personen lebten. Die Dienststelle beantwortete darüber hinaus rund 45.000 Anfragen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes in der Bundesrepublik, die der Vorbereitung von Abschlußgutachten über Kriegsvermisstenfälle dienten. Der DRK-Suchdienst stellt zurzeit umfangreiche Nachforschungen nach dem Verbleib von größeren Vermisstengruppen (Divisionen, Regimenter und dergleichen) mit dem Ziel an, ein Gesamtgutachten über das Schicksal jeder Gruppe zu erstatten, das dann den Hinterbliebenen aller Vermissten einer Gruppe zugestellt werden soll. In den beiden Berichts Jahren 1969/70 wurden ferner etwa 70.000 Auskünfte auf Anfragen nach dem Schicksal von vermissten Kriegsteilnehmern erteilt.

Eine wichtige Rolle bei der Feststellung der Personalien von unbekanntem Toten spielten die Erkennungsmarken, die den Soldaten bei Kriegsbeginn oder bei seiner späteren Einberufung übergeben worden waren. Jede Einheit meldete der damaligen Wehrmachtsauskunftsstelle (WASt) die Personalien und Heimatanschriften der Träger der Erkennungsmarken sowie die aus Geheimhaltungsgründen nur mit dem Truppenteil und einer persönlichen Nummer versehenen Beschriftung ihrer Marken. Diese Erkennungsmarkenverzeichnisse bilden heute eine wichtige Grundlage für die Arbeit der "Deutschen Dienststelle". Da diese Unterlagen vom Heer und von der Luftwaffe fast vollständig erhalten sind und auch die Stammtafeln-(Erkennungsmarken-)Kartei der Kriegsmarine vorhanden ist, besteht unter anderem die Möglichkeit, unbekanntete Tote mit Erkennungsmarken bei Umbettungen zu identifizieren. Aber nicht alle Erkennungsmarken können entschlüsselt werden. Die Dienststelle führt daher eine Erkennungsmarken-Begegnungskartei, in der zurzeit etwa 40.000 Grabmeldungen mit Beschriftungen von Erkennungsmarken enthalten sind, die bisher nicht entschlüsselt werden konnten. Überwiegend handelt es sich um Erkennungsmarken von Angehörigen der Waffen-SS, deren Erkennungsmarken-Verzeichnisse im Kriege vernichtet worden sind. Über die Begegnungskartei können jedoch rund zehn bis 15 vH. dieser Erkennungsmarken entschlüsselt werden. Im Berichtszeitraum 1969/70 wurden 1.567 Erkennungsmarken entschlüsselt. Neben der Erstmeldung bei der Ausgabe der Erkennungsmarken waren die personellen Veränderungen (Zu- und Abgänge) zu melden, die hier jeweils nach Einheiten geordnet sind. Diese Unterlagen werden aber nicht nur für die Identifizierung unbekannter Toter benötigt; sie sind unter anderem auch unentbehrlich für den Nachweis von Dienstzeiten. Die starke

Inanspruchnahme dieses Materials für den internen Auskunftsverkehr wird dadurch unterstrichen, daß in den Jahren 1969/70 1.136.195 Einzelauskünfte erteilt worden sind.

In vielen Fällen ist die Entschlüsselung einer Feldpostnummer und die sich daraus ergebende Kenntnis der Einheit für die Bearbeitung eines Vorganges wesentlich. Die Angehörigen der Wehrmacht und der übrigen militärischen und militärähnlichen Verbände sowie die Feldeinheiten selbst gaben aus Sicherheitsgründen als Absender oder Anschrift nicht die offene Einheitsbezeichnung, sondern die den Einheiten zugeteilte Feldpostnummer an. Mit zunehmendem Abstand vom Kriege erinnern sich weder die ehemaligen Soldaten noch ihre Angehörigen an die offene Anschrift der jeweiligen Einheiten. Diese klaren Anschriften sind jedoch bei Nachforschungen wichtig, weil die einschlägigen Unterlagen nach Waffengattungen und Truppenteilen sortiert sind. Heute noch vorhandene Feldpostbriefe können in diesen Fällen weiterhelfen. Aus den nahezu vollständig vorhandenen Verzeichnissen wurden im Berichtszeitraum 53.966 Feldpostnummern entschlüsselt.

Ungezählte Menschen sind noch heute im Ungewissen über den Verbleib ihrer Angehörigen im Kriege. Sie warten auf eine Nachricht über ihr Schicksal. Zahllose Gräber sind noch nicht gefunden oder tragen nur den kurzen Hinweis "Unbekannter deutscher Soldat". Die Gräber der noch Vermissten aufzuspüren, die unbekannt Toten zu identifizieren und den Angehörigen Gewißheit zu verschaffen, war und bleibt weiter eine der wichtigsten Aufgaben.

Aus den Unterlagen der "Deutschen Dienststelle" lassen sich mehr als 3,9 Millionen Grablagen aus beiden Weltkriegen in über 53.000 Orten des in- und Auslandes nachweisen. Während bei unseren Nachbarn in West- und Südosteuropa große Anstrengungen unternommen werden, die deutschen Soldatengräber zu suchen und zu pflegen, ist über den Zustand der Gräber in den osteuropäischen Ländern relativ wenig bekannt. In den beiden Berichtsjahren sind jedoch in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz in der Bundesrepublik Deutschland und in mehreren nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften der Ostblockstaaten einige Erfolge zu verzeichnen, die zu der Hoffnung berechtigen, daß humanitären Gesichtspunkten der Vorzug vor politischen Erwägungen gegeben wird. Das Rote Kreuz in der Tschechoslowakei z.B. hat in den Jahren 1969 und 1970 21.578 Grabmeldungen über gefallene und verstorbene Deutsche zur Verfügung gestellt. Allerdings hat die Dienststelle aus der Auswertung nur wenig neue Erkenntnisse gewinnen können. Das Ungarische Rote Kreuz hat sich bereit erklärt, von Anfang 1970 an monatlich fünf Ortslisten entgegenzunehmen und diese mit Hinweisen auf den Zustand der Gräber und gegebenenfalls mit zusätzlichen Angaben über in Ungarn bekannte Personalien oder Erkennungsmerkmale von Toten zu versehen. Weitere Rot-Kreuz-Gesellschaften, wie zum Beispiel in Rumänien und Bulgarien, haben sich neuerdings ebenfalls bereit gefunden, bei der Ermittlung von Gräbern zu helfen.

Wenn die Verträge von Moskau und Warschau ratifiziert und weitere Verträge mit anderen Ostblockländern abgeschlossen werden

und von allen Seiten guter Wille zur Erlangung dieser Abkommen gezeigt würde, dann bestände die Hoffnung, 1/ alle vorhandenen Verlust- und Gräbermeldungen auszutauschen; 2/ Gräber zu besuchen und zu pflegen; 3/ Gräber, die oberirdisch nicht mehr erkennbar sind, anhand unserer Unterlagen und mit Hilfe der ausländischen Regierungen zu ermitteln; und 4/ unbekannte Tote zu identifizieren.

An mehreren Umbettungsvorhaben in westlichen Ländern, wie zum Beispiel in Österreich, Dänemark, Schweden und Kanada war die "Deutsche Dienststelle" maßgeblich durch die Auswertung der vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge aufgestellten und übersandten Umbettungsprotokolle und die Bearbeitung und Zustellung von Nachlässen an die Hinterbliebenen beteiligt. Im Gräberreferat wurden - soweit möglich - die Toten anhand der bei der Dienststelle vorhandenen Verlustmeldungen der Truppenteile und Lazarette, Heimkehreraussagen, Auslandsmeldungen und so weiter identifiziert. Die ermittelten Personalien wurden in Listen zusammengestellt, die den Steinmetzen zu Beschriftung der Grabzeichen dienten. Darüber hinaus wurde für jeden neuen Soldatenfriedhof eine alphabetische Namensliste angefertigt und auf dem Friedhof für Besucher ausgelegt. Jeweils ein Exemplar dieser Listen erhielten vereinbarungsgemäß auch die für die Bestattungsorte zuständigen ausländischen Regierungen zum Nachweis der auf ihren Territorien befindlichen deutschen Soldatengräber.

Trotz des zeitlich großen Abstandes vom Kriegsgeschehen wurden auch in den Jahren 1969/70 in fast allen deutschen Bundesländern bisher unbekannte Gräber oder abgestürzte Flugzeuge entdeckt und die Toten anhand der bei ihnen aufgefundenen Erkennungsmarken und Papiere identifiziert. So konnte diesen Toten erst jetzt zu würdigen und endgültigen Ruhestätten verholfen und den Angehörigen Nachricht über die Gräber gegeben werden. Die Identifizierungen wurden zunehmend schwieriger, weil Erkennungsmarken und Papiere durch die jahrelange Lagerung im Erdreich zersetzt und zunächst unlesbar waren. Gute Hilfe erfuhr das Gräberreferat bei dieser Tätigkeit durch die Arbeit der Kriminaltechnischen Untersuchungsstelle in Berlin, die in zum Teil mühseligen Untersuchungen oft in der Lage war, die Beschriftungen der Marken und Nachlaßpapiere

zu entziffern und somit anhand der bei der Dienststelle vorhandenen Erkennungsmarkenlisten die Voraussetzung für die Feststellung von Personalien der Toten schaffte.

Die intensive Bearbeitung der zurzeit vorliegenden 10.323 Nachlässe trug dazu bei, die Zahl der noch immer ungeklärten Schicksale von Wehrmachtsangehörigen weiter zu verringern. Einem Eingang von insgesamt 503 Nachlässen standen 5.100 abgeschlossene Vorgänge gegenüber. Die Umbettungen im französischen Oberelsaß auf dem neuen deutschen Soldatenfriedhof Bergheim/Departement Haut-Rhin und in Österreich brachte eine wesentliche Steigerung im Nachlaßeingang. Schwierigkeiten bei der Bearbeitung ergaben sich aus der Tatsache, daß sich der zeitliche Abstand vom Geschehen bis zur Auffindung eines Nachlasses immer mehr und mehr nachteilig auswirkt. Ebenso sind die seit Kriegsende vergangenen 25 Jahre bei den Nachforschungen nach Empfangsberechtigten schwer zu überbrücken. Viele Ehepartner der Gefallenen sind inzwischen umgesiedelt, verzogen, verstorben oder sind eine neue Ehe eingegangen. Die Adressen- und Namensänderungen erschweren wesentlich die Bemühungen der Dienststelle, die Suchfälle kurzfristig abzuschließen. Kinder und Enkelkinder der Gefallenen waren, wenn sie nach schwierigen Nachforschungen ermittelt werden konnten, nicht immer in der Lage, die Auskünfte zu geben, um die zum Teil wertvollen Fundgegenstände, unter anderem Ringe und Uhren, die Initialien enthielten, eindeutig zu identifizieren.

Nicht unwesentlichen Anteil an der Arbeit der "Deutschen Dienststelle" haben einige Rot-Kreuz-Gesellschaften in den Ostblockländern und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf. Diese Stellen haben in mühevoller Kleinarbeit mitgeholfen, Erinnerungsstücke an die Toten, die als Volksdeutsche Wehrdienst leisteten, an die Hinterbliebenen weiterzuleiten oder auszuhändigen und nach jahrelanger Ungewißheit Schicksale zu klären.

(-/wr/11.8.1971/bgy)